

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Rußland - neue Reformchance?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1993) : Rußland - neue Reformchance?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 10, pp. 502-503

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137049>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Rußland – neue Reformchance?



Klaus Bolz

Der Oberste Sowjet der Russischen Föderation, der unter dem Einfluß der verschiedensten Interessengruppen in einem endlosen politischen Tauziehen mit Jelzin auch die Wirtschaftsreform, die Umstrukturierung der Wirtschaft und die Stabilisierungspolitik in vielen Punkten nachhaltig beeinträchtigt hat, existiert nicht mehr. Hat Jelzin nun den Rücken frei für eine konsequente Wirtschafts- und Reformpolitik? Grundsätzlich bieten die veränderten politischen Machtverhältnisse eine Chance, mit einer erneuten Schocktherapie dem fast zum Stillstand gekommenen Übergangsprozeß zur Marktwirtschaft neues Leben einzuhauchen, auch wenn die finanziellen Voraussetzungen für die Reform sich keinesfalls verbessert haben.

Doch Jelzin wird sein politisches Handeln nicht nur bis zum Einzug des ersten frei gewählten Parlaments der Russischen Föderation in das „Weiße Haus“ an den Wünschen der Militärs und der 88 Regionen ausrichten müssen. Denn schon bald nach der Niederschlagung des Putsches haben die Generäle ihren Machtanspruch unmißverständlich angemeldet. Der russische Generalstab hat sicher kein primäres Interesse, sich direkt in den wirtschaftlichen Reformprozeß einzumischen, aber zur Absicherung seiner künftigen Rolle im Staate drängt er darauf, schnellstmöglich die überfällige Militärdoktrin zu verabschieden. Ihre wirtschaftspolitische Bedeutung wird diese Militärdoktrin wohl mehr indirekt haben: In diesem Papier werden – mit Zustimmung Jelzins – bisher vorgesehene Reduzierungen an Mannschaftsstärke, Gerät und sonstigen Einrichtungen teilweise wieder zurückgenommen. Die daraus resultierende Belastung des ohnehin schon über die Maßen angespannten Staatshaushaltes wird unter anderem die Finanzierung von wirtschaftlichen Reformschritten und Anpassungsmaßnahmen z.B. im Bereich der Beschäftigung einengen.

Von besonderer wirtschaftspolitischer Bedeutung wird der Inhalt der Militärdoktrin für den Prozeß der Konversion und der Privatisierung sein. Denn im Urteil kompetenter Vertreter der Parlamente und Verwaltungen der russischen Regionen, deren Wirtschaftsstruktur militärisch geprägt ist, gilt das Problem Konversion nicht nur technisch, ökonomisch und organisatorisch, sondern auch rechtlich und politisch nach wie vor als ungelöst. Damit Betriebe des militär-industriellen Komplexes ihre Möglichkeiten zur Konversion technisch und ökonomisch nutzen können, ist es wichtig zu wissen, welche speziellen militärischen Produktionen in zivile überführt werden dürfen. Dies sollte schon vor geraumer Zeit in einer Militärdoktrin festgehalten werden. Derzeit ergeben sich damit für die Leiter der militärisch orientierten Betriebe auch große Unsicherheiten bei der Privatisierung.

Damit der Prozeß der Konversion und Privatisierung in der Rüstungsindustrie nicht weiter ohne eine Kontrolle durch die Regierung verläuft, hatte Jelzin erst Anfang September 1993 die Privatisierung von militärisch orientierten Betrieben für drei Monate ausgesetzt. Bis dahin sollte der Ministerrat ein Verzeichnis von Betrieben und Einrichtungen erarbeiten, die nicht privatisiert werden dürfen. Man wird abwarten müssen, wie weit die vom russischen Generalstab durchgesetzte Militärdoktrin die früheren Pläne für die Erhaltung von 474 der landesweit insgesamt 1 700 Rüstungsbetriebe in Staatsbesitz übernimmt. Wahrscheinlich werden sich die aus dem Machtkampf gestärkt hervorgegangenen Militärs nun eine größere industrie-militärische Basis in Staatsbesitz sichern wollen. Dies wird für die zivile Produktion in der Russischen Föderation insgesamt, insbe-

sondere aber für zentrale Standorte militär-industrieller Betriebe – wie z.B. die Stadt St. Petersburg mit ihrem 70%igen Anteil von Militärbetrieben an der Industrie – wirtschaftliche und technologische Folgen haben.

Viele der 88 Regionen der Russischen Föderation streben, nicht erst seitdem Jelzin als politisches Gegengewicht zum Obersten Sowjet einen Föderationsrat schaffen wollte, nach größerer politischer und insbesondere wirtschaftlicher Eigenständigkeit, ohne daß die Regierung in Moskau sie wirkungsvoll daran hätte hindern können. Aus den Regionen könnte dem anstehenden Umstrukturierungs- und Reformprozeß große Gefahr drohen, sind diese doch in der Lage, allein schon durch passives Verhalten gegenüber gesetzgeberischen Maßnahmen der Zentralregierung den gesamten Prozeß ins Leere laufen zu lassen. Auch die neu zu wählenden Regionalparlamente und die Regionalverwaltungen werden die in den letzten zwei Jahren immer klarer erkannten politischen, insbesondere aber ökonomischen Interessen der Regionen nicht so leicht wieder in Moskau getroffenen Entscheidungen unterordnen wollen.

Unabhängig von dem zur Zeit ungewissen Schicksal des Föderationsrates wird sich die Regionalisierung in Politik und Wirtschaft in Rußland nicht mehr aufhalten lassen. Eine Neuverteilung der Staatsaufgaben zwischen der Regierung der Russischen Föderation und den Regionen ist deshalb dringend geboten. Das Streben nach regionaler Eigenständigkeit geht vielfach auf die Überzeugung zurück, durch die Unabhängigkeit für die eigene Region – insbesondere durch die eigenständige Verwertung der vorhandenen Ressourcen – schneller einen gewissen Wohlstand erwirtschaften zu können. Aus dem Streben nach politischer und wirtschaftlicher Eigenständigkeit resultiert nicht nur ein Widerstand gegen die Moskauer Politik, sondern zum Teil auch eine für alle Beteiligten ökonomisch widersinnige Abgrenzung gegenüber benachbarten Regionen. St. Petersburg und die Leningrader Oblast sind ein beredtes Beispiel dafür, wie vom Gedanken der Eigenständigkeit getragene Entscheidungen zu suboptimalen Wirtschaftsergebnissen führen können.

Die Auflösung des Obersten Sowjets, die gestärkte Position des Militärs und die sich wandelnde Rolle der Regionen in der Russischen Föderation haben also das Umfeld für die Fortführung der Wirtschaftsreformen ganz entscheidend verändert. Bei der Konzipierung eines auf die veränderten Bedingungen abgestellten Reformprogramms kann Jelzin nur auf wenige Minister zurückgreifen, die die Prinzipien der Marktwirtschaft wirklich verstanden haben und die von der Richtigkeit der wirtschaftlichen Umgestaltung voll überzeugt sind. Zu dieser Mannschaft gehört seit kurzem wieder der von Jelzin Ende des vergangenen Jahres dem Obersten Sowjet geopferte ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister und stellvertretende Ministerpräsident Gaidar.

Gaidar und seine Mitstreiter für die Marktwirtschaft können also versuchen, an das direkt oder indirekt durch Interventionen des Obersten Sowjets ins Stocken geratene Reformtempo von Anfang 1992 anzuknüpfen; eine moderate, zögerliche Reform wäre wegen der extrem schlechten Wirtschaftslage Rußlands von vornherein zum Scheitern verurteilt. Vermieden werden sollten nicht nur neue haushaltswirksame wirtschaftliche und soziale Zugeständnisse für die Bevölkerung und leistungsschwache Firmen, gefordert ist vielmehr auch eine konsequente Inflationsbekämpfung durch eine straffe Geldmengen- und Budgetpolitik sowie die strikte Unterwerfung der Betriebe unter harte Budgetrestriktionen. Institutionell wird es unter anderem darauf ankommen, die von Tschubais trotz der Torpedierungsversuche des Obersten Sowjets aufrechterhaltene Privatisierung wesentlich zu beschleunigen, ein leistungsfähiges Bankensystem aufzubauen und eine konsequente Wettbewerbspolitik rechtlich abzusichern.

Der Erfolg bei der Durchführung der zahlreichen Reformmaßnahmen wird nicht zuletzt davon abhängen, ob der anstehende Wahlkampf zum russischen Parlament von kostenwirksamen Versprechungen freigehalten wird; denn die Kosten des Übergangs zur Marktwirtschaft sind im Grunde schon heute ohne die Gefahr einer Hyperinflation nicht mehr finanzierbar.

Mehrere westliche Regierungen und internationale Finanzorganisationen sind sich über die Notwendigkeit der Unterstützung des russischen Reformprozesses einig, jedoch mehren sich die Zweifel, ob mit der Herausgabe der Mittel nicht besser bis nach den Wahlen gewartet werden sollte. Erst dann wird deutlich werden, inwieweit Moskau zur Einhaltung der seitens des IWF schon im Frühjahr 1993 gemachten wirtschaftspolitischen Zielvorgaben in der Lage ist.